

PROTOKOLL

über die Sitzung der **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Bischofshofen am Mittwoch, dem 03. September 2008, im großen Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.50 Uhr

Die Einladung zu dieser Sitzung erfolgte mittels Kurrende am 27.08.2008

Von den Mandataren waren anwesend:

Bgm. Jakob ROHRMOSE
Vbgm. Hansjörg OBINGER
Vbgm. Lorenz WERAN-RIEGER
StR Barbara SALLER
StR Karolina ALTMANN
StR Karl ENENGL
StR Johann SCHREMPF
GV Fritz WINDBICHLER
GV Mag. Dr. Sabine KLAUSNER
GV Ursula PFISTERER
GV Kurt HABE
GV Georg FEIGE
GV Alois LUGGER
GV Werner SCHNELL
GV Ing. Michael SALLER
GV Helmut AMERING
GV Johann PICHLER
GV Hugo KUTIL
GV Josef KREUZBERGER
GV Hannes KEHRER
GV Maria STELZHAMMER

Entschuldigt waren:

StR DI Dr. Markus GRAGGABER
StR Ing. Wolfgang BERGMÜLLER
GV Barbara SAMPL
GV Stephan STEINACHER

Vorsitzender:

Bgm. Jakob ROHRMOSE

Weitere Anwesende

Ing. Hannes PRIMOSCHITZ

Schriftführer:

AD Mag. Dr. Andreas SIMBRUNNER, LL.M., MBA
VB Christine HALBWIRTH

Tagesordnung

- 1) Diskussion und Genehmigung des Protokolls der **Gemeindevertretungssitzung** vom 24.06.2008
- 2) Diskussion und Genehmigung des Protokolls des **Sozial-, Familien-, Gesunde Gemeinde- u. Seniorenausschusses** v. 17.06.2008 mit den Anträgen zu den Punkten:
 3. PEPP – Räumlichkeiten für Elternberatung, Beratung und Beschlussfassung
 4. Betreutes Wohnen, Beratung und Beschlussfassung
- 3) Diskussion und Genehmigung des Protokolls des **Jugend- und Bildungsausschusses** v. 01.07.2008 mit den Anträgen zu den Punkten:
 1. Führung der Zusatzbezeichnung „Hauptschule mit Kreativkompetenz“ für die Franz-Mohshammer-Hauptschule, Beratung und Beschlussfassung
- 4) Sanierung/ Ausbau Güterweg Kreuzberg – Übernahme als Landesstraße u. Kostenbeteiligung der Stadtgemeinde Bischofshofen, Beratung und Beschlussfassung
- 5) Karnevalsverein 05 – Hallenturnier am 13. Dezember 2008. Ansuchen um kostenlose Bereitstellung der Hermann-Wielandner-Halle, Beratung und Beschlussfassung
- 6) Trachtenmusikkapelle Pöham, Ansuchen um kostenlose zur Verfügungstellung der Stahlrohrbühne mit Dach anl. Musikantenfest am 02.08.2009, Beratung und Beschlussfassung
- 7) Tourismusverband Bischofshofen, Ansuchen um Erlassung der Bauhofkosten für das Festkonzert der Wiener Philharmoniker am 09.08.2008 am „Oberem Marktplatz“; Beratung und Beschlussfassung
- 8) Allfälliges

Verlauf der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder der Gemeindevertretung. Er stellt fest, dass die Tagesordnung jedem Mandatar zeitgerecht zugestellt und auch an der Amtstafel kundgemacht wurde. StR DI Dr. Markus GRAGGABER, StR Ing. Wolfgang BERGMÜLLER, GV Barbara SAMPL und GV Stephan STEINACHER sind entschuldigt. Zwei Drittel der Mandatare sind anwesend, die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Bgm. ROHRMOSER begrüßt auch Herrn Ing. PRIMOSCHITZ, der, im Falle eines positiven Beschlusses, als Bauleiter den Ausbau bzw. die Sanierung des Güterweges Kreuzberg leiten wird. Er bedankt sich für sein Kommen und dafür, dass Ing. PRIMOSCHITZ das Projekt vorstellen und für Fragen der Mandatare zur Verfügung stehen wird.

Bgm. ROHRMOSER ersucht nun um Abstimmung über die Tagesordnung und seinen Vorschlag, den TO-Punkt 4) nach TO-Punkt 1) zu behandeln.

Beschluss: Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt

Dann eröffnet der VORSITZENDE die Fragestunde für Gemeindebürger zur Tagesordnung. Es meldet sich Herr Leonhard STOCK, als Obmann der Güterweggenossenschaft Kreuzberg, zu Tagesordnungspunkt 4) Sanierung/ Ausbau Güterweg Kreuzberg - Übernahme als Landesstraße und Kostenbeteiligung der Stadtgemeinde Bischofshofen.

Herr Stock führt aus, dass sich der Güterweg Kreuzberg im Bereich der B 99 bis zur B 311 auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens in einem sehr schlechten Zustand befindet und eine große Gefahrenquelle für die Schüler des Gymnasiums St. Rupert und die vielen Spaziergänger darstellt. Bei der Sanierung und dem Ausbau dieses Teilstückes handelt es sich um ein Infrastrukturprojekt mit großer regionaler und überregionaler Bedeutung. Nach einem gemeinsam finanzierten Neubau dieser stark frequentierten Straße und einer Übernahme durch das Land, würde die Stadtgemeinde mit diesem Straßenabschnitt nie mehr belastet werden. Dies sind besonders die laufend anfallenden Kosten von Schneeräumung, Streuung, Erhaltungsmaßnahmen und vor allem eine allfällige Haftung bei Unfällen mit jeglichen Verkehrsteilnehmern, insbesondere von Fußgängern. Durch den geplanten Bau eines Gehstreifens und einer übersichtlichen Trassenführung wird die Sicherheit des Schulweges wieder gewährleistet sein und die Straße dem Verkehrsaufkommen entsprechen. Da es sich um einen Ausbau zu einer Landesstraße handelt, ersucht er die Stadtgemeinde von dem für Güterwege veranschlagten Prozentanteil abzusehen. Da die Zusage der Übernahme als Landesstraße seitens der Landesregierung nur bis zum 1. Jänner 2009 gilt und die finanziellen Mittel in der Höhe von € 500.000,-- durch den Fonds zu Erhaltung des ländlichen Straßenwesens und den Gemeindeausgleichsfond erst in der letzten Juliwoche ausverhandelt werden konnten, mussten neben Planung und Kostenberechnung auch noch Agrar- und Naturschutzverhandlungen, eine außerordentliche Vollversammlung der Bringungs-

gemeinschaft und eine Besprechung über die geplanten Verkehrsmaßnahmen während der Bauzeit erledigt werden. Seit vielen Jahren ist die Bringungsgemeinschaft mit Unterstützung der Stadtgemeinde bemüht, eine Lösung für dieses Teilstück zu erreichen. Auf Landes- und Gemeindeebene wurde der Genossenschaft immer wieder versichert, dass dieses Straßenstück mit einem Güterweg nichts mehr zu tun habe. St. Rupert ist bereit, die für die Straßenverbreiterung notwendigen Grundstücke einzubringen und die Güterweggenossenschaft beteiligt sich mit immerhin € 150.000,- und den Kosten für die Grundinanspruchnahme.

Abschließend ersucht Herr Stock die Gemeindevertretung, dieser einmaligen Chance der Realisierung zuzustimmen und somit eine zukunftsorientierte Anbindung und eine damit verbundene Stadtkernentlastung zu sichern.

Da keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung erfolgen, schließt Bgm. ROHRMOSER die Fragestunde und geht zur Tagesordnung über.

1) Diskussion und Genehmigung des Protokolls der Gemeindevertretungssitzung vom 24.06.2008

Vbgm. WERAN-RIEGER möchte seine Wortmeldung auf Seite 14, 2. Absatz, wie folgt richtig stellen: „Man müsse aber auch offen sagen, dass augenscheinlich seitens der Baudirektion und der Amtsdirektion die Zusammenarbeit *besser sein könne*.“

Auf Seite 19, 2. Absatz, ist folgender Satz zu streichen: „Auch Vbgm. WERAN-RIEGER bestätigt dies.“ Es muss heißen: „Vbgm. WERAN-RIEGER sagt, dass der vorgelegte Plan zwar beide Projekte mit den anderen Projekten zeige, es sich dabei aber weder um eine Vergrößerung noch um eine Kopie handle.“

Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt

4) Sanierung/Ausbau Güterweg Kreuzberg - Übernahme als Landesstraße u. Kostenbeteiligung der Stadtgemeinde Bischofshofen, Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER erläutert, dass die Aus- und Auffahrt Kreuzberg ursprünglich als Aus- und Auffahrt für die Anrainer Kreuzberg und Buchberg gedacht war. In den folgenden Jahren hat sie sich zu einem Autobahnzubringer und einer Autobahnabfahrt, über die Betriebsumkehr der Asfinag, zur Bundesstraße entwickelt. Die Frequenz wurde, besonders in den letzten Jahren derart groß, sodass die Bringungsgemeinschaft mit Recht darauf hingewiesen habe, dass es nicht sein könne, dass sie die Haftung für den ganzen Verkehr übernehme. Durch das große Verkehrsaufkommen, insbesondere durch den Schwerverkehr, wurde das Straßenstück dementsprechend in Mitleidenschaft gezogen. In der letzten Zeit wurde sogar der Schienenersatzverkehr über diese Route geführt. Eine große Hoffnung sei das Salzburger Landesstraßenübernahmegesetz (SALÜ) gewesen, aber trotz vieler Sitzungen, seitenlanger Schreiben und Gutachten sei man letztendlich, wie viele andere auch, gestrichen worden. Obwohl immer Einigkeit geherrscht habe, dass es

sich um eine Verbindung zwischen zwei Bundesstraßen handle, die weder in der Kompetenz einer Güterwegegenossenschaft noch einer Gemeinde sein könne. In den folgenden Verhandlungen musste eine Lösung über die Kostenaufteilung gefunden werden, der Güterwegerhaltungsfond unter LR Eisl sagte schließlich eine Unterstützung von € 200.000,-- zu. In Diskussionen auf Landesebene sei man sich inzwischen einig geworden, das Teilstück bis 1. Jänner 2009 als Landesstraße zu übernehmen, unter der Voraussetzung, dass es auch eine Landesstraße sei und daher ausgebaut werden müsse. Die Schätzkosten für den Ausbau belaufen sich auf € 900.000,--. Am 22. Juli 2008 habe man einen Durchbruch erzielt, indem die Güterwegeabteilung den Zuschuss auf € 250.000,-- erhöht habe und von der Güterwegegenossenschaft gefordert wurde € 150.000,-- aufzubringen. Für die restlichen € 500.000,-- wurde von LH-Stellvertreter Dr. Haslauer, aufgrund der überregionalen Bedeutung der Straße, zugesichert, die Stadtgemeinde mit 50% aus Mitteln des GAF, unter der Voraussetzung zu unterstützen, wenn die Stadtgemeinde die andere Hälfte, das sind € 250.000,-- aufbringe. Die Bringungsgemeinschaft habe in einer außerordentlichen Sitzung die Erhöhung der erforderlichen Mittel auf € 150.000,-- beschlossen und falls auch die Gemeindevertretung dem heutigen Antrag zustimme, könne am Montag mit dem Bau begonnen werden. In Vorgesprächen sei aus Kostengründen eine Totalsperre während der Bauzeit vereinbart worden. Bgm. ROHRMOSER verweist am Ende seiner Ausführungen auf den vorliegenden

Amtsbericht

Nach langjährigen Verhandlungen soll der Güterweg Kreuzberg ab dem Kreuzungsbereich der B 99 bis zur Anschlussstelle der B 311 saniert bzw. ausgebaut werden.

Nach den Bauarbeiten wird der Güterweg als Landesstraße übernommen.

Die Straße wird von derzeit 5,00 m auf 6,50 m erweitert (2 Fahrstreifen), ein Gehstreifen für Fußgänger ist inkludiert.

Der Straßenverlauf wird beibehalten, die Trasse teilweise nur so abgeändert, dass die Steigungen entsprechend den Vorgaben der Landesstraßen erreicht werden.

Die Mitglieder des Güterweges Kreuzberg haben sich in der letzten Hauptversammlung mit großer Mehrheit für den Ausbau als Landesstraße ausgesprochen.

Die Finanzierung soll wie folgt aufgeteilt werden:

Geschätzte Gesamtkosten	€ 900.000,--	
Land Salzburg	€ 250.000,--	27,78 %
Güterweg Kreuzberg	€ 150.000,--	16,67 %
Stadtgemeinde	€ 500.000,--	55,56 %

Die Abrechnung erfolgt nach den tatsächlich anfallenden Kosten zu den jeweiligen Prozentsätzen.

Mit dem Land Salzburg wurde vereinbart, dass der Stadtgemeinde aus dem Gemeindeausgleichsfond 50 % der von der Stadtgemeinde zu übernehmenden Kosten zugesprochen werden.

Eine schriftliche Zusage des Amtes d. Sbg. Landesregierung wird der Stadtgemeinde übermittelt.

In der Güterweghauptversammlung wurde festgehalten, dass mit dem Missionshaus St. Rupert positive Gespräche über die erforderlichen Grundabtretungen stattfanden.

Die Grundabtretungen werden zwischen Missionshaus und Güterwegegenossenschaft intern geregelt, Grundkosten für das Gesamtprojekt fallen diesbezüglich keine an.

In einer Besprechung am 22.8.2008 wurde vereinbart, dass der Güterweg im betroffenen Abschnitt von ca. 3.9.2008 bis längstens 28.12.2008 für den Fahrzeugverkehr gesperrt wird.

Eine Zufahrtmöglichkeit für das Missionshaus St. Rupert wird aufrechterhalten.

Bei der Besprechung nahmen sämtliche Verantwortlichen (Polizei, Feuerwehr, Rettung, Güterweg, Landesregierung, Busunternehmer, Bundesheer, Gemeinde) teil.

GV KEHRER sagt, dass er und seine Gesinnungsfreunde erfreut festgestellt haben, dass das Projekt umgesetzt werden könne. Am Amtsbericht selbst vermisse er die Finanzierungsvorstellung seitens der Stadtgemeinde. Er nehme an, dass der Betrag von € 250.000,- im Budget 2009 eingearbeitet werden müsse. Neben der geplanten Gehsteigführung interessiere ihn auch die alternative Verkehrsführung während der Bauzeit.

Bgm. ROHRMOSER antwortet, dass die erforderlichen Mittel im Budget 2009 vorgesehen werden müssten. Über die Gehsteigführung werde der Bauleiter berichten. Die Verkehrsführung sei in einer Verhandlung mit der Güterwegeabteilung, den Schulen, den Busunternehmen und der Post AG beschlossen worden.

Bgm. ROHRMOSER ersucht Ing. PRIMOSCHITZ um die Vorstellung des Projektes.

Ing. PRIMOSCHITZ führt aus, dass der Großteil des Neubaus auf der bestehenden Trasse durchgeführt wird. Die Maximalsteigungen sollten abgeflacht werden um einen homogenen Verlauf der Trasse zu gewährleisten. Der Baubeginn erfolgt im Anschlussbereich B 99, im weiteren Verlauf wird die Straße auf 6,50 m verbreitert. Der Gehsteig wird als Gehweg ausgeführt, farblich abmarkiert und ist ein Teil der Fahrbahn, er wird also dasselbe Niveau haben. Die Bankettbereiche werden begehbar sein, damit genügend Platz zum Ausweichen ist. Der Gehweg ist bergauf rechtsseitig projektiert und quert im Bereich des Missionshauses St. Rupert, wo die größte Sichtweite ist, die Straße.

Im Anschlussbereich der B 99 wird die Einbindung so großzügig ausgebaut, dass ein LKW-Begegnungsverkehr keine Fußgänger gefährden kann. Die Einbindung in die B 311 hat bereits jetzt eine Breite von 6,30 m und muss nur geringfügig geändert werden. Die Straße derzeit ist am Ende, es gebe große Verdrückungen. Man sieht, dass die Straße immer wieder saniert wurde, in einigen Bereichen sind 30 bis 40 cm Asphalt aufgetragen. Für eine teilweise Verbreiterung um etwa 50 cm wurde der Unterbau provisorisch dazugeflickt und mit Asphalt zugepflastert. In naher Zukunft ist eine komplette Sanierung des Weges notwendig, für den die Güterweggenossenschaft wahrscheinlich die gleiche Summe zahlen muss und keine GAF-Mittel zur Verfügung stehen. Für den Ausbau als Landesstraße ist ein dreischichtiger Aufbau im bituminösen Bereich geplant, dadurch wird die Lebensdauer erheblich erhöht.

GV PICHLER weist darauf hin, dass eine farbliche Abmarkierung im Winter nicht sichtbar ist und ohne dementsprechendem Absatz wieder Fußgänger gefährdet werden.

Ing. PRIMOSCHITZ antwortet, man könne die Markierung aufräumen. Eine Straße mit Gehsteig erhöhe nicht nur die Bau- sondern auch die Erhaltungskosten und werde sicher nicht als Landesstraße übernommen.

VbGm. WERAN-RIEGER gibt zu bedenken, dass es bei der Begegnung zweier PKW wieder knifflige Situationen für die Fußgänger geben können.

Ing. PRIMOSCHITZ sagt dazu, dass zwei PKW mit etwa 1,50 m Breite bei der Begegnung und der entsprechenden Geschwindigkeit einen Breitenbedarf von ungefähr 4,50 m haben. Grundsätzlich kommen zwei LKW aneinander vorbei, ohne einen Fußgänger zu gefährden.

GV SCHNELL weist drauf hin, falls ein Fahrzeug eine Kurve schneidet, ist der Fußgänger ohne entsprechende Abgrenzung oder Leitschiene immer in Gefahr.

StR ALTMANN sagt, dass es auch auf die Geschwindigkeitsbegrenzungen ankommen werde.

Bgm. ROHRMOSER sagt dazu, dass es immer Extremsituationen geben werde. Die Vorgaben für den Bau seien von Seiten des Landes. Bei den Verhandlungen sei Dipl. Ing. Felber anwesend gewesen. Man habe deponiert, dass Begrenzungspfähle sinnvoll seien ob sie realisiert werden, könne man noch nicht sagen.

Für GV KEHRER ist die Sicherheit des gegenständlichen Projektes deutlich höher als der Bestand. Früher gab es nur ein Bankett, jetzt gibt es einen Gehweg für Fußgänger. Je breiter man die Straße anlegt, umso mehr verleitet sie zu höheren Geschwindigkeiten.

Ing. PRIMOSCHITZ betont, dass Markierungen einen gewissen Tunneleffekt nach sich ziehen und dadurch die Straße schmaler wirkt. Die Radien im Bereich des Missionshauses sind relativ eng und 80% des Verkehrs wird dort nicht schneller als 50 km/h fahren.

VbGm. OBINGER sagt, dass die Sinnhaftigkeit dieser endgültigen Lösung für seine Fraktion außer Streit stünde. Nicht umsonst würde man sich seit geraumer Zeit mit Lösungen beschäftigen. Auch die Situation der Weggenossenschaft sei absolut verständlich. Befremdlich sei für seine Fraktion die Vorgangsweise, wenn ohne Information des politischen Partners Verhandlungen in Salzburg geführt würden und man in einer Sitzung vor vollendete Tatsachen gestellt würde.

Bgm. ROHRMOSER weist darauf hin, dass er nicht bei jeder Verhandlung sagen könne, ob jemand mitgehen wolle. Er sei Bürgermeister und habe die Gemeinde zu vertreten und für die Gemeinde das Beste herauszuholen. Wenn man € 250.000,-- an GAF-Mittel lukrieren könne, so sei das ein Erfolg.

VbGm. OBINGER antwortet, dass es übliche Praxis sei, gerade bei größeren Vorhaben gemeinsam den Weg zur Landesregierung anzutreten. Aufgrund der

zeitlichen Dynamik, die das Vorhaben bekam, war es auch nicht möglich im Vorfeld im Ausschuss zu beraten. Das wäre immer eine Gelegenheit, Detailinformationen zu bekommen, die man so sehr erschwert bekommen würde. Die Krönung der Empfindung sei, wenn man von der Bevölkerung gefragt werde und über nichts Auskunft geben könne, auch wenn die Tafeln über die Sperre schon aufgestellt sind. Das sei nicht seine Vorstellung von politischer Zusammenarbeit. Er sehe seine Verpflichtung für die Gemeinde darin, die bestmögliche Lösung in finanzieller Hinsicht auszuloten und zu bewerten. Zum momentanen Zeitpunkt sei dies sehr schwer möglich.

Bgm. ROHRMOSER sagt, dass er bei der letzten Sitzung des Stadtrates die Informationen weitergegeben habe, die auch er gehabt habe.

Auch Vbgm. WERAN-RIEGER sagt, es sei eine ungute Situation, in eine Fraktionssitzung zu gehen und beide Vizebürgermeister können auf die Fragen der Fraktionskollegen keine Auskunft geben.

Bgm. ROHRMOSER verweist auf die Amtsleiterbesprechungen, zu denen der Vizebürgermeister eingeladen ist. Er habe anlässlich dieser von dem Projekt berichtet und hier wäre Gelegenheit gewesen, Fragen zu stellen.

Vbgm. WERAN-RIEGER antwortet, dass bei der Besprechung derselbe Amtsbericht zur Verfügung gestanden habe, wie jetzt zur Sitzung. Er sei immer ein Verfechter der Übernahme als Gemeindestraße gewesen. Interessant sei, mit welchem Konzept der Bürgermeister in die Verhandlungen mit Dr. Haslauer gegangen sei und wo die Schmerzgrenze gelegen habe. Wer hat die Beträge festgelegt und sei auch darüber verhandelt worden. Offen gesagt habe man den Eindruck, der Bürgermeister sei hier von der Landespolitik über den Tisch gezogen worden. Man möchte auch wissen, ob über diese drei Sitzungen Protokolle vorhanden sind.

Bgm. ROHRMOSER antwortet, dass er sich immer vehement dagegen gewehrt habe, den Güterweg als Gemeindestraße zu übernehmen. Jetzt wo die Straße als Landesstraße übernommen werde, sei er in seiner Ansicht bestätigt worden. Vorgespräche auf Landesebene haben aufgrund des Ersuchens der Güterweggenossenschaft stattgefunden, dazu sei er als Bürgermeister eingeladen worden. Erst durch die Hartnäckigkeit der Güterweggenossenschaft habe man in der dritten Verhandlung einen Durchbruch erzielt. GAF-Mittel seien für den Güterwegebau nicht vorgesehen und trotzdem sei es ihm gelungen, dass von der ursprünglichen Summe von € 500.000,- für die Gemeinde fünfzig Prozent vom GAF übernommen werden. Er glaube nicht, dass man irgendwo mehr bekommen werde. Er habe schon genug verhandelt und so schnell ziehe ihn niemand über den Tisch. Er habe aber auch ein Gespür dafür, wenn die Grenze erreicht sei. Er habe natürlich ohne Beschluss des Gemeinderates keine verbindlichen Zusagen machen können. Dankenswerter Weise ist es gelungen eine GV-Sitzung einzuberufen.

Vbgm. WERAN-RIEGER ersucht um Verständnis dafür, dass er mit Einbindung des SPÖ-Landesrates Nachverhandlungen führen möchte. Durch die absolute SPÖ-

Mehrheit habe man zwar politischen Spielraum, aber die Verantwortung liege bei der SPÖ ungleich höher. Man könne sich bei Entscheidungen nicht hinter der anderen Partei verstecken. Der Bürger werde fragen, warum für einen Güterweg plötzlich mehr als 10% dazugezahlt werden. Für heute werde seine Fraktion den Antrag stellen, den TO-Punkt abzusetzen.

Bgm. ROHRMOSER ersucht den Vizebürgermeister sich das zu überlegen. Am Montag wäre die Möglichkeit des Baubeginns. LR Blachfellner sei deshalb nicht in die Verhandlungen eingebunden gewesen, weil es die klare Aussage gegeben habe, dass es keine finanziellen Mittel gebe. Er sei erst zuständig, wenn der Güterweg eine Landesstraße ist, aber nicht vorher.

Vbgm. OBINGER betont, es gebe keinen Vorbehalt gegen das Projekt. Es fehlen nur einige Informationen zu dem Projekt und er ersuche um ehebaldigste koordinierende Gespräche, damit einer Beschlussfassung noch im September nichts entgegenstünde.

GV LUGGER sagt darauf, dass an diesem Projekt auch der Güterweg Buchberg hänge. Er könne nachfühlen, was es heißen würde nicht informiert zu werden. Der Güterweg Buchberg sei durchfinanziert gewesen und im Herbst hätte die Generalsanierung beginnen sollen. Über ein paar Ecken und nicht von der Abteilung IV sei die Information gekommen, dass Güterweg Buchberg gefallen sei und der Güterweg Kreuzberg vorgezogen werde. Sollte der Güterweg Kreuzberg jetzt nicht gebaut werden, hänge der Baubeginn für Güterweg Buchberg im Frühjahr 2009 wieder in der Luft.

Auch für GV SCHNELL steht die Straße nicht in Frage. Vbgm. OBINGER hätte zu den Verhandlungen mitgenommen werden müssen, ohne dass dem Bürgermeister dabei ein Zacken aus der Krone gefallen wäre. Es habe keine Information über die Aufteilung der finanziellen Mittel gegeben, so sei dies eine Entscheidung über den Kopf der SPÖ hinweg.

Bgm. ROHRMOSER betont, die Unterlagen für die Sitzung seien eine Woche vorher zur Verfügung gestanden, Zeit genug um nachzufragen.

StR SALLER findet Schuldzuweisungen in dieser Angelegenheit für falsch. Seit Jahren versuche die Güterweggenossenschaft, dass die Straße übernommen werde. Landeshauptfrau Burgstaller in dieser Funktion und Landesrat Blachfellner wären beide in der Lage gewesen einer Übernahme zuzustimmen. Die Haftung für die Straße obliegt ausschließlich der Weggenossenschaft, obwohl der gesamte Verkehr darüber geht. Sie ersucht als Mitglied der Genossenschaft, sollten Informationen gefehlt haben, darüber hinwegzusehen, um diese einmalige Chance zu ergreifen. Sie ersucht um eine Sitzungsunterbrechung für eine Fraktionsbesprechung.

Ing. PRIMOSCHITZ meldet sich und betont, dass 3 ½ Monate Bauzeit das Minimum sind. Zwei Wochen Verzögerung sind in dieser Situation unglaublich viel Zeit.

GV KEHRER kann den Ausführungen des hoffentlich künftigen Bauleiters folgen. Die Hoffnung auf einen dritten schneelosen Winter wäre wohl vermessen. Dass ein

Jahr später die gleichen Konditionen bei so vielen anstehenden Projekten ausverhandelt werden können, bezweifelt er. Obwohl er mangels einer Funktion nicht an den Amtsleitergesprächen teilnehmen könne und er dadurch einen Informationsnachteil habe, sei er in der Lage gewesen sich zu informieren.

Bgm. ROHRMOSER ersucht die SPÖ-Fraktion persönlich die einmalige Chance nicht zu verhindern und den Entschluss in der Sitzungsunterbrechung noch einmal zu überdenken.

Sitzungsunterbrechung 19.45 Uhr bis 20.00 Uhr

Bgm. ROHRMOSER eröffnet wieder Sitzung zu TO-Punkt: **4) Sanierung/Ausbau Güterweg Kreuzberg - Übernahme als Landesstraße u. Kostenbeteiligung der Stadtgemeinde Bischofshofen, Beratung und Beschlussfassung**

Er verliest das heute eingelangte Schreiben des LH-Stellvertreters Dr. Haslauer über die Zusage der GAF-Mittel von € 250.000,--.

Vbgm. OBINGER teilt mit, dass seine Fraktion dem Projekt unter der Voraussetzung die Zustimmung erteilen werde, dass keinesfalls Mehrkosten gemäß dem Aufteilungsschlüssel prozentuell übernommen werden. Die Budgetbereitstellung der Stadtgemeinde kann frühestens mit 01.01.2009 erfolgen. Der Beschluss sollte dazu dienen, die Zusammenarbeit von Seiten der SPÖ zu verbessern.

Bgm. ROHRMOSER betont, dass er den Vorwurf mangelnder Information nicht zur Kenntnis nehmen könne, da Vbgm. OBINGER immer zu den Amtsleitergesprächen eingeladen werde. Er möchte dies, obwohl freiwillig, weiterhin beibehalten und das sei sein Beitrag zu guter Zusammenarbeit.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der VORSITZENDE über den nachstehenden, auf Wunsch der SPÖ-Fraktion abgeänderten, Amtsantrag abstimmen.

Amtsantrag

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass die Stadtgemeinde für den Ausbau des Güterweges Kreuzberg und der anschließenden Übernahme als Landesstraße Baukosten in der Höhe von € 500.000,-- übernimmt.

Der Stadtgemeinde werden laut schriftlicher Zusage vom Amt d. Sbg. Landesregierung vom Gemeindeausgleichsfond 50 % der von der Stadtgemeinde zu übernehmenden Kosten zugesprochen, sodass der tatsächliche Anteil der Stadtgemeinde maximal € 250.000,-- beträgt. Die Mittel für die zu übernehmenden Kosten sind für das Budget 2009 vorzusehen. Die frühest mögliche Auszahlung erfolgt daher ab 01. Jänner 2009.

Die Abrechnung erfolgt nach den tatsächlich anfallenden Kosten. Bei Kostenüberschreitungen sind eigene Nachverhandlungen zu führen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

2) Diskussion und Genehmigung des Protokolls des Sozial-, Familien-, Gesunde Gemeinde- u. Seniorenausschusses v. 17.06.2008 mit den Anträgen zu den Punkten:

3. PEPP – Räumlichkeiten für Elternberatung, Beratung und Beschlussfassung
4. Betreutes Wohnen, Beratung und Beschlussfassung

ad 3. PEPP – Räumlichkeiten für Elternberatung, Beratung und Beschlussfassung
Vbgm. WERAN-RIEGER berichtet gemäß dem Protokoll und ersucht um Abstimmung über den Antrag,

- a) Die Stadtgemeinde Bischofshofen verpflichtet sich, dass jeden 2. Dienstagvormittags für die Elternberatungsstunden von PEPP ein Gruppen- bzw. Beratungsraum im Seniorenheim, zur Verfügung steht.
Weiters, dass die Geburtsvorbereitungskurse im Seniorenheim abgehalten werden können. Allerdings in Absprache mit dem Leiter des Seniorenheimes Herrn P. Gschwandtl.
- b) Der weitere Raumbedarf von PEPP wird durch die Benützung der im Besitz der Pfarre Bischofshofen stehenden Räumlichkeiten (Saal im Garagengebäude, Küche mit Geschirr sowie WC-Benützung) abgedeckt.
Die Stadtgemeinde verpflichtet sich, die hierfür anfallenden Kosten zu übernehmen.
Ein entsprechender Vertrag zwischen der Pfarre und Stadtgemeinde Bischofshofen wird erstellt.
Bei der Vertragserstellung sollten der Herr Pfarrer, Frau Windinger, Bgm. Rohrmoser, Mag. Dr. Simbrunner und Vbgm. Weran-Rieger anwesend sein. Die Festlegung des Termins obliegt Mag. Dr. Simbrunner.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 4. Betreutes Wohnen, Beratung und Beschlussfassung

Vbgm. WERAN-RIEGER berichtet gemäß dem Protokoll und ersucht um Abstimmung über den Antrag,

Zielgruppen für die Aufnahme sind:

- ältere Menschen ab 50
- Menschen mit eingeschränkter Mobilität
- körperbehinderte Menschen
- Menschen im Rollstuhl
- Menschen mit teilweiser Pflegebedürftigkeit

Ziel ist es, einen Altersmix im betreuten Wohnen zu finden.

Vorgehensweise bei der Vergabe:

Amtsvorschlag auf Grund der vorgegebenen Kriterien, Umsetzung im Einvernehmen mit Sozial- und Wohnungsausschuss.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

Bgm. ROHRMOSER lässt über das Protokoll abstimmen.

Vbgm. WERAN-RIEGER ersucht, GV WINDBICHLER im Protokoll als anwesend zu ergänzen.

Beschluss: *Das Protokoll wird einstimmig genehmigt*

- 3) Diskussion und Genehmigung des Protokolls des Jugend- und Bildungsausschusses v. 01.07.2008 mit den Anträgen zu den Punkten:**
1. Führung der Zusatzbezeichnung „Hauptschule mit Kreativkompetenz“ für die Franz-Moßhammer-Hauptschule, Beratung und Beschlussfassung

ad 1. Führung der Zusatzbezeichnung „Hauptschule mit Kreativkompetenz“ für die Franz-Moßhammer-Hauptschule, Beratung und Beschlussfassung

Vbgm. OBINGER berichtet gemäß dem Protokoll und ersucht um Abstimmung über den **Antrag**,

dass der Franz-Moßhammer-Hauptschule die Führung der Zusatzbezeichnung „Hauptschule mit Kreativkompetenz“ genehmigt wird.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

Bgm. ROHRMOSER lässt über das Protokoll abstimmen.

Beschluss: *Das Protokoll wird einstimmig genehmigt*

- 5) Karnevalsverein 05 – Hallenturnier am 13. Dezember 2008. Ansuchen um kostenlose Bereitstellung der Hermann-Wielandner-Halle, Beratung und Beschlussfassung**

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den folgenden

Amtsbericht

Wie bereits voriges Jahr sucht auch heuer wieder der Obmann des Karnevalsvereins 05, Herr Manuel Schnell, um die kostenlose Benützung der Hermann-Wielandner-Halle für ein Fußballturnier am 13.12.2008 an. Die Benützungsgebühr für die HW-Halle beträgt € 253,80.

Demnach ergeht folgender

Amtsantrag

Die Gemeindevertretung möge beraten und beschließen, dass dem Karnevalsverein 05 für die Durchführung des Hallenturniers am 13. Dezember 2008 die Hermann-

Wielandner-Halle kostenlos zur Verfügung gestellt und somit die Hallenmiete von € 253,80 erlassen wird. KSt: 1/269/7573

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

<p>6) Trachtenmusikkapelle Pöham, Ansuchen um kostenlose zur Verfügungstellung der Stahlrohrbühne mit Dach anl. Musikantenfest am 02.08.2009, Beratung und Beschlussfassung</p>
--

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den folgenden

Amtsbericht

Mit e-mail vom 06.08.2008 hat der Obmann der Trachtenmusikkapelle Pöham die Gemeinde ersucht, für das Musikantenfest am 02. August 2009 die Stahlrohrbühne mit Dach kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Auf- und Abbau sowie der Transport der Bühne werden in Eigenregie erledigt. Die Mietkosten der Stahlrohrbühne mit Dach belaufen sich derzeit auf € 417,60.

Demnach ergeht daher folgender

Amtsantrag

Die Gemeindevertretung möge beraten und beschließen, dass der Trachtenmusikkapelle Pöham für das Musikantenfest am 02.08.2009 die Stahlrohrbühne mit Dach kostenlos zur Verfügung gestellt wird. KSt : 1/322/7573

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

<p>7) Tourismusverband Bischofshofen, Ansuchen um Erlassung der Bauhofkosten für das Festkonzert der Wiener Philharmoniker am 09.08.2008 am „Oberen Marktplatz“; Beratung und Beschlussfassung</p>

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den folgenden

Amtsbericht

Mit Scheiben vom Juli 2008 hat der Tourismusverband um Bewilligung der Durchführung des Festkonzertes am 09.08.2008 im Rahmen des Bischofshofener Festspielsommers am Oberen Marktplatz ersucht. Gleichzeitig wurde die Bitte um kostenlose Bereitstellung der Gemeindebühne, der Akustikwände, der Bühnenelemente und der Bestuhlung inkl. Auf- und Abbau durch Mitarbeiter des Wirtschaftshofes ausgesprochen. Da im Sommer keine Gemeindevertretungssitzungen stattfinden, kann dieser Teil des Ansuchens erst jetzt der Gemeindevertretung zur Entscheidung vorgelegt werden.

Laut Abrechnung des Wirtschaftshofes betragen die Kosten für die Miete von Bühne, 10 Elementen und 400 Sesseln (ohne Akustikelemente) € 584,40, die Personalosten belaufen sich auf € 2.293,56 (Fahrzeugkosten wurden nicht berechnet).

Demnach ergeht daher folgender

Amtsantrag

Die Gemeindevertretung möge im Nachhinein beraten und beschließen, dass dem Tourismusverband Bischofshofen für das Konzert am 09.08.2008 am Oberen Marktplatz die Gemeindebühne, die Bühnenelemente, die Akustikwände und die Bestuhlung inkl. Auf- und Abbau durch Mitarbeiter des Wirtschaftshofes kostenlos zur Verfügung gestellt werden und somit die Gesamtkosten in Höhe von € 2.877,96 erlassen werden. KSt 1/771/7573

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

8) Allfälliges

- Bgm. ROHRMOSER verliert eine Einladung aus Unterhaching für die 30-Jahre-Partnerschaftsfeier mit Le Vesinet vom 17. bis 21. Oktober 2008. Eine kleine Delegation (4 Personen) ist eingeladen. Aus organisatorischen Gründen wird um eine Zusage noch im September ersucht.
- Die Kosten für die Hermann-Wielandner-Halle für die genehmigten Anträge auf Erlass der Gebühren für 2008 betragen bis jetzt € 16.059,16.
- GV PICHLER berichtet, dass einige Personen mit der Bitte an ihn heran getreten sind, im Schwimmbad das obere Becken durch ein Seil zu trennen. Es sei zwar in einem Bereich Springen verboten, dies werde jedoch nicht beaufsichtigt. Dadurch sei es für viele, insbesondere ältere Menschen nicht möglich, ungehindert eine Länge zu schwimmen.
Im Rasen sollten Tafeln mit dem Hinweis „Fußball spielen verboten“ angebracht werden, damit man wieder liegen kann, ohne dass einem die Bälle um die Ohren fliegen.
- GV Feige möchte dazu wissen, warum trotz des warmen Wetters die Wassertemperatur nur 21 Grad habe.
GV Ing. SALLER weiß, dass es nur möglich ist, jeweils ein Becken zu beheizen.
- StR SALLER berichtet, dass im Sommer ein reger Besuch des Partnerschaftskreises Unterhaching stattgefunden habe. Da im nächsten Jahr die 30-Jahr-Feier ansteht, seien bereits Vorgespräche geführt worden.
- Im Jahr 2011 wird die Maximilianszelle 1300 Jahre alt, daher habe Dr. Plawenn mit ihr das Gespräch gesucht. Sie habe ihn ersucht die Vorstellungen des Museumsvereins dazu schriftlich festzuhalten. In einer ersten Sitzung war der Kustos des Dommuseums Salzburg anwesend und habe den Wunsch geäußert, in Bischofshofen zu diesem Thema eine Landesausstellung zu machen. Bevor man hier Planungen macht, sollte die Meinung der Gemeindevertretung und auch der Vereine eingeholt werden. Sie ersucht, sich in allen Fraktionen ernstlich mit dem Thema auseinander zu setzen.

Für Bgm. ROHRMOSER müsse über dieses Thema im Vorfeld ganz klar gesprochen werden. Natürlich werde sich niemand gegen eine Landesausstellung stellen, solange man aber keinen Anhaltspunkt über finanzielle Auswirkungen habe, könne man nicht einfach zustimmen.

- StR ENENGL ist nach einer Besichtigung der Baustellen Volksschule Markt und Hermann-Wielandner-Hauptschule der Meinung, dass man sie am Montag nicht aufsperrern könne.

Vbgm. OBINGER sagt dazu, dass es auch für die Lehrerschaft ein Thema sei. Laut den letzten internen Informationen fange man aber pünktlich an.

- GV KEHRER möchte wissen, ob der Finanzierungsrahmen für die Schulumbauten eingehalten werde. Er möchte beim nächsten Stadtrat oder Bauausschuss einen Bericht von Ing. LIENBACHER oder der Finanzdirektion dazu.

Er möchte auch wissen, ob der Freiraum im Garten im kommenden Schuljahr wieder als Pausenraum nutzbar ist.

Bgm. ROHRMOSER verspricht Ing. LIENBACHER darauf hinzuweisen.

- GV AMERING berichtet, dass zwar das Stadtfest ein großer Erfolg gewesen sei, man sich aber überlegen müsse, was man gegen den Vandalismus unternehmen könne. Jugendliche hätten mit Bierkrügen die ganze Bahnhofstraße hinaus Fußball gespielt und dem entsprechend sei die Straße mit Glasscherben übersät gewesen.

Bgm. ROHRMOSER sagt, dass man sich Überlegungen über eine Security für zukünftige Feste mache.

- GV SCHNELL berichtet von einem Aufruhr in der Volksschule Markt. Angeblich habe man durch die Versetzung zweier Schüler aus der Siedlung 4 Klassen mit **13** Schülern gemacht. In einer Klasse seien dadurch mehr Ausländer als Österreicher. Wenn man wegen zweier Schüler eine vierte Klasse benötige, frage nicht nur er sich wozu das nötig sei.

Bgm. ROHRMOSER antwortet, dass jeder die Möglichkeit habe, auf Ansuchen und mit der entsprechenden Begründung, eine sprengelfremde Schule zu besuchen. Von beiden betroffenen Schulleitern muss zu dem Ansuchen Stellung genommen werden, ob sie damit einverstanden sind. Die Schulen dürfen durch den Sprengelwechsel weder eine Klassenteilung noch eine Klassenzusammenlegung haben. Den Bescheid über den Besuch der sprengelfremden Schule stellt die Bezirkshauptmannschaft aus.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen bedankt sich der VORSITZENDE sehr herzlich, auch über den einstimmigen Beschluss zu TO-Punkt 4), und schließt die Sitzung um 20.50 Uhr.

g.g.g.

03.09.2008

Der Bürgermeister:

(ROHRMOSEK Jakob)

Schriftführer:

AD Mag. Dr. Andreas SIMBRUNNER, LL.M., MBA
VB Christine HALBWIRTH